

Appenzeller Zeitung vom 24. Januar 2008

In letzter Sekunde

Einmal Nein, einmal Ja und eine Kandidatin fürs Verwaltungsgericht

Heiden. Am Dienstagabend fasste die SP AR ihre Parolen für die Eidgenössische Abstimmung vom Februar und nominierte Ursula Gyr als Kandidatin für die Wahl ins Verwaltungsgericht.

claudia Beck

Mit einem Nein zur Unternehmenssteuerreform II und einem Ja zur Initiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» gab es bei der Delegiertenversammlung der SP AR vorerst keine grossen Überraschungen. Die Aufstellung von Ursula Gyr als Kandidatin für die Wahl ins Verwaltungsgericht kam dafür umso überraschender und quasi in letzter Sekunde.

Ivo Müller, Präsident der SP AR, wies daraufhin, dass bis jetzt noch keine Partei einen Wahlvorschlag für den Sitz am Verwaltungsgericht gemacht habe. «Es ist aber wichtig, dass wir eine geeignete Person für diese verantwortungsvolle Position finden», sagte er weiter. Er sei überzeugt, dass Ursula Gyr als Juristin gute Voraussetzungen für dieses Amt mitbringe, und er werde sich mit den anderen Parteipräsidenten in Verbindung setzen und hoffe, dass Ursula Gyr auch von ihnen portiert werde. «Bei der Besetzung einer so wichtigen Position müssen die Parteien zusammenstehen», appelliert Ivo Müller auch an den anwesenden FDP-Ständerat Hans Altherr. Die Delegierten beschliessen, Ursula Gyr für die Wahl ins Verwaltungsgericht zu portieren, auch wenn sie kein Mitglied der SP Ausserrhoden ist.

In beiden Diskussionen zu den Vorlagen konnte Hans Altherr die Anwesenden nicht von seinen Standpunkten überzeugen. Dies überraschte aber nicht weiter, waren seine Kontrahenten doch beide aus den Reihen der SP. So Nationalrätin Hildegard Fässler, die festhielt, dass die wenigen Verbesserungen für die KMU mit der Annahme der Unternehmenssteuerreform II zu einem viel zu hohen Preis erkaufte würden. Auch Hans Altherrs Bedenken, dass es bei einer Ablehnung wieder mehrere Jahre dauern würde, bis einzelne Punkte ins Parlament kämen, wies sie zurück. In der Diskussion zur Kampfjet-Initiative hatte Kantonsrat Martin Brüllhart die Anwesenden zwar nicht geschlossen hinter sich, aber doch eine grosse Mehrheit. Altherrs Einwand, dass auch ein Nein zur Initiative nicht nutzlos sei, da jetzt schon Gespräche mit den betroffenen Flughäfen stattfänden, konnte niemanden im Lindensaal umstimmen.

Person



Die Juristin arbeitet als selbständige Rechtsberaterin in St. Gallen. Nach ihrem Studium an der HSG St. Gallen absolvierte die 53jährige Speicherin einige Praktika, unter anderem am Versicherungsgericht St. Gallen, am Bezirksgericht Unterrheintal oder auf der Mieterberatung des Mieterverbands St. Gallen. Neben ihrer Beratungstätigkeit führt sie auch Kurse zu Erbrechts- und Scheidungsfragen durch. (cb)